

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919**

14.1.1919 (No. 12)

Expedition:
Karlstr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlstr. 14
Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:
Hauptredakteur:
C. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 4.75 M.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr einberechnet, 4.92 M. — Einzelnummer 10 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gebotene Zeile oder deren Raum 25 P. zuzüglich 30 % Steuerzuschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beitreibung und Kontourverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Nachdruck, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Anwerter keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Das Wichtigste.

Die Erdrosselung Deutschlands.

Die deutsche Regierung hat gestern durch die Weissenhof-Kommission in Spaan den Vertretern der Entente über die schwebenden Finanzfragen folgende Note überreichen lassen:

Bei den in Mainz über die Anwendung des Art. 19 des Weissenhof-Vertrages stattgehabten Verhandlungen hat der Finanzkommissar der Alliierten eine Note übergeben, die das höchste Maß dessen darstellt, was Deutschland seit Einstellung der Feindseligkeiten zugunsten worden ist. Es werden darin

1. in sachlichen Beziehungen Forderungen gestellt, die in keinem Zusammenhang gebracht werden zu Artikel 19 des Weissenhof-Vertrages, wonach die Werte, die den Alliierten als Sicherheit für Entschädigungsansprüche dienen können, ihm nicht entzogen werden können. Die Forderungen der Alliierten können vielmehr lediglich dazu dienen, eine finanzielle Sklaverei Deutschlands der Entente gegenüber zu statuieren. Es wird darin in die Privatrechte der deutschen Eigentümer eingegriffen und zwangsweise ein Auslandsmoratorium Deutschlands eingeführt. Es wird, um einige Beispiele anzuführen, jede Ausfuhr fremder Werte in das Ausland von der Genehmigung des Finanzkommissars abhängig gemacht. Es wird im Gegenzug zu den feinerzeit in Trier ausdrücklich gemachten Zusicherungen erklärt, daß die Genehmigung auch insoweit erforderlich ist, als ein deutsches Verfügungsverbot nicht besteht. Der Umfang der Einfuhr von Lebensmitteln, Rohstoffen und Fertigfabrikaten nach Deutschland soll künftig von den Alliierten bestimmt werden. Desgleichen soll von der Zustimmung des Finanzkommissars abhängig sein, ob deutsche Beamte im Auslande Funktionen ausüben können. Die von der Reichsregierung bewilligten Devisen sollen jeden Tag dem Finanzkommissar vorgelegt werden. Es werden genaueste Inventarverzeichnisse über alle denkbaren Materialien verlangt.

2. aber entfernt sich der Ton der Note, aus dem unverhohlene Freude spricht, Deutschland schädigen und demütigen zu können, vollkommen und wesentlich von dem Tone, der bisher seit Einstellung der Feindseligkeiten üblich war. So wird, abgesehen von der im zwischenstaatlichen Verlehe durchaus zu beanstandenden Diktion im einzelnen im Artikel 8 erklärt, daß die Note nicht etwa das Resultat einer Vereinbarung sei, sondern lediglich die vorläufige Anweisung des Finanzkommissars an die deutsche Regierung wiedergebe, deren Abänderung, Ergänzung und Verschärfung er sich jeherzeit vorbehalten. Die deutsche Regierung legt hiermit nachdrücklich und ernste Bewahrung ein. Sie erklärt, daß sie außerstande ist, die Note anzunehmen. Deutschland ist in dieser Angelegenheit an der Grenze dessen angelangt, was es hinnehmen kann. Die deutsche Regierung gibt der bestimmten Hoffnung und Erwartung Ausdruck, daß die Alliierten in der Ausführung des Artikels 14 des Weissenhof-Vertrages einen Weg finden werden, den zu folgen die Würde Deutschlands gestattet.

Die deutsche Regierung hält aber ferner den Zeitpunkt für gekommen, an dem es ihre Pflicht ist, die Aufmerksamkeit der Alliierten und assoziierten Regierungen auf folgendes hinzuweisen: In der Waffe des deutschen Volkes beginnt der Gedanke aufzudämmern, die Alliierten hätten die Willensherrschaft, nach denen Deutschland als freies Volk unter den Völkern leben soll, nur angenommen, um Deutschland erst wehrlos zu machen und es danach zu verzwangslichen. Die Beibehaltung der Blockade, die Einschränkung der Versorgung mit Lebensmitteln; die wirtschaftliche und politische Absperrung zwischen dem linken und dem rechten Rheinufer machen das deutsche Volk aufmerksam.

Im Vertrauen auf die Note des Staatssekretärs Lansing vom 6. November hat Deutschlands Heimat und Meer einen weiteren Kampf als unnötig aufgegeben und die Waffen niedergelegt. Wenn jetzt die alliierten und assoziierten Regierungen dadurch, daß sie den Friedensschluß hinauszögern und den Weissenhof-Vertrag als ein Instrument zur vorherigen, wirtschaftlichen Erdrosselung Deutschlands handhaben, ihrer in einem der feierlichsten Momente der Geschichte abgegebenen Erklärung entgegenhandeln, so vermag das deutsche Volk darin keine Kriegslust zu erblicken, sondern ein solches Vorgehen erscheint ihnen als außerhalb jeden menschlichen Verständnisses und göttlichen Rechtes stehend, das jedes Gefühl für eine Veröhnung der Völker erlöschend müßte und für das es kein Verzeihen und Vergessen gibt. (gez.) v. Brodenborff-Ranhan.

Die Wahlen in Bayern.

Aus München erhalten wir folgendes Telegramm von heute vormittag: Von 191 rechtsrheinischen Bezirksverwaltungen sind beim Ministerium des Innern die einstweiligen Wahlergebnisse zum bayerischen Landtag von 147 Bezirksämtern eingegangen. Hiernach entfallen auf die hauptsächlichsten Parteien: Bayerische Volkspartei 764 477, Sozialdemokratische Partei 699 433, Deutsche Volkspartei in Bayern 312 182, Bauernbund 250 238, Nationalliberale und bayerische Mittelpartei 86 152, Unabhängige 67 593, Mittelstandspartei 3180, Unteroffiziere 9236 Stimmen. In diesen Zahlen sind die Wahlergebnisse Münchens zum größten Teil, die von Nürnberg vollständig enthalten. Von 416 Münchener Stimmbezirken fehlen noch 39. Dagegen liegen die Wahlergebnisse aus verschiedenen Städten, z. B. Augsburg, Fürth, Würzburg, überhaupt noch nicht vor, so daß sich die gesamten Ergebnisse noch erheblich verziehen werden.

Nach den einstweiligen Ergebnissen händen bisher 1 425 466 bürgerlichen Stimmen 767 026 sozialdemokratische gegenüber. Das Verhältnis wäre somit etwa 2/3 zu 1/3.

\* Vom Tage.

Karlsruhe, 14. Januar.

(Ein Sieg der Ordnung in Berlin. Ein badisches Volksherr. Die Wahlen in Württemberg.)

Als am 9. November vorigen Jahres die Revolution in Deutschland ausbrach, proklamierten die Revolutionäre neben manchen anderen Forderungen die segensreiche und nützliche Bestimmung, daß jeder sofort erschossen werden solle, der die Bewegung zum Mordern und zum Beutemachen ausnütze. Leider ist diese Bestimmung, von ganz vereinzelten Ausnahmen abgesehen, nirgends gehandhabt worden. Vielmehr, so bei uns in Baden, lag auch gar keine Notwendigkeit vor. Aber in sehr vielen Großstädten des übrigen Reiches ist die Revolution von vornherein benutzt worden, um sich widerrechtlich und mit Gewalt bereichern zu können. Die Spartakusgruppe in Berlin wie in anderen Großstädten hätte nie den Einfluß erringen können, den sie tatsächlich ausgeübt hat, wenn sie sich nicht auf alle jene Elemente hätte stützen können, die verbrecherisch genug waren, um aus der Revolution ein Geschäft zu machen. Aber selbst mit Hilfe dieser Elemente hätte die Spartakusgruppe nie die verhängnisvolle Rolle der letzten Woche gespielt, wenn die sozialen legalen Mächte der Revolution von jener Bestimmung wirklich und rücksichtslos Gebrauch gemacht hätten.

Statt dessen hat die Berliner Reichsregierung die unter dem Namen Spartakusgruppe vereinigten Anhänger des Verbrechertums und der Utopie mit Glacehandschuh angefaßt, bei ihren Schandtaten mehr wie zwei Augen zugeblickt und sich von ihnen in einer Weise imponieren lassen, die heute, wo der Kampf in Berlin mit der Niederlage der Spartakusgruppe geendet hat, beinahe unerklärlich erscheint.

Erst als die politisch organisierte Verbrecherschaft Berlins der Reichsregierung im wahren Sinne des Wortes die Pistole auf die Brust setzte, hat sich dieselbe zu jener Tapferkeit aufgerafft, die, wenn sie schon früher bekundet worden wäre, uns unendlich viel Elend und Blamage erspart hätte. Immerhin wollen wir der Reichsregierung für den Mut und für die Entschlossenheit, die sie in der Stunde der Not entwickelte, von Herzen dankbar sein. Der Mut der Volksbeauftragten hat sich damit, daß er den Aufruhr der Spartakusgruppe bändigte, Anspruch auf unseren tiefen Dank erworben. Ebert, Scheidemann und verantwortungsbereiten Männern verlangen darf.

Es fragt sich jetzt nur, welche Maßnahmen die Reichsregierung jetzt treffen wird, um ein neues Aufflammen des Aufruhrs zu vermeiden, denn niemand wird doch so naiv sein zu glauben, daß die Spartakisten sich nun auf die Dauer ruhig verhalten werden. Für uns unterliegt es gar keinem Zweifel, daß sie sehr bald auf irgend eine neue Weise versuchen werden, neue Unruhe zu stiften und der Reichsregierung weiterhin das Leben zu erschweren. Der russische Kubel rollt weiterhin ununterbrochen in die Straßen dieser Partei und treibt sie weiter zu neuen Handlungen der Unmenschlichkeit und der Gewalttätigkeit an. Hinzu kommt die Erkenntnis dieser Leute, daß sie ohnehin nichts zu verlieren haben, daß sie ohnehin Schädlinge am Körper der menschlichen Gemeinschaft sind, daß sie ohnehin verspielt haben, wenn nicht die Anarchie ihnen neue Weidmännerei- und Erwerbsmöglichkeiten verschafft.

Aus den Vorgängen bei den Kämpfen der letzten Woche hat die Reichsregierung endlich erkennen gelernt, mit wem sie es eigentlich zu tun hat. Das Verhalten der Spartakisten bei den Kämpfen ist derartig gewesen, daß man allerdings mit Fug und Recht behaupten kann, die Spartakusgruppe habe sich außerhalb der Gesetze der Menschlichkeit gestellt. Daß diese Leute es gewagt haben, gefangen genommene regierungstreue Matrosen „standrechtlich“ erschießen zu lassen, ist ein Verbrechen, das gar nicht scharf genug gesühnt werden kann. Um so mehr Befremden muß es erregen, daß man eine große Anzahl gefangener Spartakisten einfach hat davonlaufen lassen, und daß die Reichsregierung nicht ihrerseits das Standrecht über Berlin verhängt hat.

Wir sollten uns doch über das eine klar sein: Ruhe bekommen wir in Berlin wie im ganzen Reich nur dann, wenn wir das Gefühl, das an dem Körper unserer Nation frist, unbarmherzig weg schneiden, das heißt, wenn wir dazu übergehen, die Häufelstörer und Agitatoren der Spartakusgruppe für solange hinter Schloß und Riegel zu setzen, bis wir völlig geordnete Zustände in Deutschland haben. Wie es heißt, sollen die gefangenen

Spartakisten den ordentlichen Gerichten übergeben werden. Daß man alle die, die für die Erschießung der gefangen genommene regierungstreuen Matrosen verantwortlich sind, als Mörder zu betrachten und zu behandeln hat, erscheint uns selbstverständlich. Wollte man eine Volksabstimmung und die Art und Weise der Bestrafung jener Aufrührer herbeiführen, so würden wahrscheinlich nicht mehr viele von ihnen sich am Diesseits erfreuen dürfen. Jedenfalls darf das deutsche Volk von der Reichsregierung verlangen, daß sie mit der in den vorigen Wochen bezeugten Tapferkeit auch weiterhin gegen die Spartakusgruppe vorgeht, und daß sie mit aller Rücksichtslosigkeit und Entschiedenheit die Schritte unternimmt, die nun einmal notwendig sind, um uns vor der Möglichkeit einer Herrschaft des Verbrechertums zu bewahren. Die Welt darf nicht zum zweitenmal ein Schauspiel erleben wie dasjenige, welches sie in der vorigen Woche in Berlin (und noch in einigen anderen Großstädten) erlebt hat.

Die badische vorläufige Volksregierung hat aus den Geschehnissen in Berlin die nötigen Schlussfolgerungen für unser Land gezogen. Da auch bei uns mit der Möglichkeit spartakistischer Putsch zu rechnen war bezw. zu rechnen ist, hat die badische Volksregierung im vollen Einverständnis mit der Landesversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte die Bildung eines badischen Volksherrschers beschlossen. Der diesbezügliche Aufruf ist bereits erlassen. Wir sind der festen Überzeugung, daß die gesamte Bevölkerung des badischen Landes diesen Aufruf dankbar begrüßen wird. Er ist sehr wirkungsvoll abgefaßt und wird auch inhaltlich durchaus gebilligt werden können, es sei denn, daß man die Zahl der aufzustellenden Freiwilligen-Bataillone für zu gering hält. Da aber für die Bataillone nur noch Freiwillige angenommen werden, die den Krieg mitgemacht und sich längere Zeit bei der kämpfenden Truppe einwandfrei geführt haben, und da ferner der Dienst ein strenger und die Manneszucht eine straffe sein soll, so ist zu hoffen, daß das Volksherr für diesen Zweck genügen wird. Die Wohnung und Verpflegung ist so bemessen, daß man einen starken Zustrom von Freiwilligen erwarten darf. Neben dem Volksherr soll eine ehrenamtliche Freiwilligen-Ordnungswehr gebildet werden, bezw. sie ist bereits gebildet und soll für die nächste Zukunft nur in zweifelsprechender Weise ausgebaut werden. Die Ordnungswehr untersteht dem Befehl des Ministerpräsidenten; verwendet wird sie zur Verteidigung der Republik und zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Den Befehl, von der Waffe Gebrauch zu machen, empfängt sie von der vorläufigen Volksregierung. Der Aufruf, mit welchem die badische vorläufige Volksregierung und die Landeszentrale der Arbeiter-, Bauern- und Volksräte die Bildung der Ordnungswehr verkündet, schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß niemand in Baden Bürgerblut vergossen werden möge. Pflicht aber sei es, jedem Versuch, die Ordnung im Lande zu stören, rücksichtslos entgegenzutreten und die Freiheit des badischen Volkes zu sichern. Wir dürfen auch den zweiten Aufruf der Volksregierung als einen außerordentlich erfreulichen Akt bezeichnen, als eine Maßnahme, die uns beweist, mit welcher Sorgfalt und mit welcher Energie unsere badische Regierung bestrebt ist, unser Land vor Geschehnissen, wie denen in Berlin, zu bewahren.

Am Sonntag, den 12. Januar, haben in unserem Nachbarlande Württemberg die Landeswahlen zur württembergischen Nationalversammlung stattgefunden. Auch dort war die Wahlbeteiligung eine sehr rege. Die meisten Stimmen erzielte die Sozialdemokratische Partei, nämlich 452 450. Die nächststärkste Partei sind die Demokraten mit 328 555 Stimmen. An dritter Stelle steht das Zentrum mit 273 192 Stimmen. Daneben existieren noch mehrere kleinere Parteien, von denen es aber keine auf 100 000 Stimmen brachte. Alle diese kleineren Parteien gehören, mit Ausnahme der Unabhängigen, die 40 622 Stimmen erzielten, dem Bürgertum bezw. den Bauernständen an. Die Zusammenfassung der Fraktionen in der württembergischen Landesversammlung wird demnach so sein, daß auch dort keine Partei von sich aus eine Mehrheit bilden kann. Die Parteien sind sonach, genau wie bei uns in Baden, darauf angewiesen, sich untereinander zu verständigen. Die Demokraten sind jederzeit imstande, mit den Rechtsparteien eine Mehrheit gegen links und mit den Linksparteien eine Mehrheit gegen rechts zu bilden. Bezeichnend ist auch für Württemberg die geringe Anzahl von Stimmen, die die Unabhängigen aufzubringen vermochten.

## Das badische Volksheer.

Die Landesversammlung der Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte hat in ihrer Durlacher Tagung am 10. Januar 1919 beschlossen, daß so schnell wie möglich ein badisches Volksheer zu bilden und die alte Armee aufzulösen sei. Die badische Volksregierung hat beschlossen, sofort die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Der Landesbauernrat hat seine Zustimmung erklärt und zugesagt, daß auch seinerseits die Bestrebungen auf Bildung eines badischen Volksheeres unterstützt werde. Zunächst hat nun die vorläufige Volksregierung einen Aufruf erlassen, in dem sie gediente Soldaten auffordert, sich als Freiwillige zu den ersten Bataillonen in Bruchsal und eines in Heidelberg aufzustellen. Da die neuen Bataillone zugleich Lehrbataillone für künftige Gendarmen, Schuplente und Grenzaufseher, aber auch für die künftigen Unteroffiziere und Offiziere des badischen Volksheeres sein sollen, eröffnet der Dienst in diesen Bataillonen die Aussicht auf eine Lebensstellung. Es sollten sich aber nicht nur Soldaten melden, die mit dieser künftigen Berufsstellung rechnen; jeder Badener hat sich die Gewissensfrage vorzulegen, ob es nicht seine Pflicht sei, jetzt nochmals einige Monate dem Vaterland als Soldat zu dienen. Es wird zunächst jeden Badener mit lebhafter Freude erfüllen, daß in den neuen Bataillonen die Grundlagen des badischen Volksheeres geschaffen werden. Die badisch-preussische Militärkonvention war ein unglücklicher Vertrag, der die Interessen und Bedürfnisse der badischen Bevölkerung nicht genügend geschützt hat. Besonders im Krieg sind diese Klagen über die Militärkonvention stärker und stärker geworden. Wir wollen, daß in Zukunft das badische Volksheer ein Teil der deutschen Bundesarmee ist; es muß aber ein eigenes selbständiges Kontingent sein. Die Badener wollen nur verpflichtet sein, in der Heimat ihren Dienst zu erfüllen. Vor allen Dingen aber ist es notwendig, daß das badische Volksheer von badischen Offizieren befehligt wird, die Verständnis haben für die besondere Eigenart des badischen Soldaten. Es war ein Fehler der alten Heeresorganisation, daß sie die militärische Bedeutung des Badens nicht genügend gewürdigt hat. Das Verhältnis zwischen dem badischen Volk und seiner Truppe wird immer besser sein, als wenn ein Nichtbadener, insbesondere ein Norddeutscher, die Kommandogewalt hat. Damit braucht man durchaus kein ungünstiges Urteil gegen die Angehörigen anderer Bundesstaaten zu verbinden. Man soll sich aber klar darüber sein, daß gemeinsame Volkstypen und gemeinsamer Dialekt besondere Kräfte sind.

Die neuen Bataillone, die hoffentlich recht bald um noch einige weitere Bataillone vermehrt werden können, sollen aber auch starke und zuverlässige Stützen der Ordnung im badischen Lande sein. Alle Parteien, die in der Volksregierung vertreten sind, sind durchdrungen von der Überzeugung, daß man bolschewistischen und anarchistischen Bestrebungen rücksichtslos gegenüberstellen muß. Wir wollen durch politische Wirtsköpfe, durch nichtbadische oder gar durch russische Agenten das Glück und die Zukunft des badischen Landes nicht zerstören lassen. Auf die Dauer kann aber Ruhe und Ordnung im Lande nur gesichert werden durch ein zuverlässiges wohlgeübtes Volksheer. Es ist die Pflicht aller Bevölkerungsschichten, sich an der Bildung dieses Volksheeres zu beteiligen und Freiwillige in großer Zahl zu entsenden. Ich bin überzeugt, daß die organisierte Arbeiterschaft dem Aufrechten der Volksregierung Folge leisten wird. Jetzt sollen aber auch die Bürger und Bauern zeigen, daß sie zum Schutz der Republik, zum Schutz der Ruhe und Ordnung bereit sind. Man sollte insbesondere erwarten, daß auch die Söhne der vermögenden Familien es als Ehrenpflicht betrachten, die Familie, Haus und Hof zu schützen und sich als Freiwillige zur Verfügung stellen. Das Bürgertum darf jetzt nicht versagen. Man darf nicht anderen allein den Schutz unseres Staates überlassen. Jeder Stand hat jetzt seine Pflicht zu erfüllen. Die vorläufige Volksregierung, die Arbeiter- und Soldatenräte und der Landesbauernrat haben den Weg geöffnet, der allein die dauernde Lebensfähigkeit des Staates garantieren kann. Es ist Sache des Volkes, jetzt Hilfe zu leisten. Es hat keinen Sinn, sich schweren Sorgen über die Zukunft hinzugeben; Sache des Mannes ist, tatkräftig zu handeln. Mit aufrichtiger Begeisterung müssen die Freiwilligen kommen. Aber der Aufruf sagt, daß der Dienst schwer sein wird; diese neuen Bataillone müssen Truppen strengster Disziplin sein. Auch das Volksheer braucht einen guten soldatischen Geist, den Geist treuer Kameradschaft und strenger Manneszucht. Die badische Republik will in ihren Bataillonen Musterbataillone schaffen; wir haben in den letzten Wochen in mehr als einer Beziehung ganz Deutschland ein Vorbild sein können; auch mit der Schaffung unseres Volksheeres soll Baden dem Reich vorangehen.

Minister Dr. Ludwig S a s, Karlsruhe.

## Die Ereignisse in Berlin.

Karlsruhe, 14. Januar.

Über die Erstürmung des Schlesienschen Bahnhofes schreibt das Berl. Tagebl.: Fünf Tage lang hatten Spartakisten der allerwildesten Sorte den Schlesienschen Bahnhof besetzt. Sie hausten in der Umgebung wie Räuber. In der Krossauerstraße wurde eine Konservenfabrik geplündert. Das Geschäft des Juweliers Freundlich in der Großen Frankfurterstraße 27 wurde vollständig ausgeraubt und es wurden für mehr als 300 000 M. Waren gestohlen. Die Konsumgenossenschaften der ganzen Umgebung wurden geplündert und das Brot für 5-7 M. das Stück an das Publikum verkauft. Aus den Zigarrenläden holten sich die Spartakisten stänbig ihre Vorräte. Sie besetzten die Dächer der Privathäuser, um dauernd auf Regie-

ungsarbeiten und Stützen in der Stoppentstraße, der Andreassstraße, Krautstraße und Umgebung zu schießen. Das Treiben der Spartakisten war so schlimm, daß sich in der Dunkelheit kaum noch ein Mensch aus dem Hause wagte. Eine geringe Ursache brachte die Räumung des Bahnhofes. Gestern 10 Uhr vormittags hielten zwei Beamte und der Bahnhofsvorsteher einen Spartakistenmann an, der sich frech benahm und entwarfnete ihn. Der Entwarfnete versuchte Hilfe herbeizurufen. Statt der Spartakisten erschienen etwa 50 Mann der Regierungstruppen, die den Bahnhof von verschiedenen Seiten fürmten und die Revolutionäre überfachten. Gewehrschüsse und Handgranaten bahnten ihnen den Weg, so daß der Bahnhof in kürzester Zeit befreit war. Von den Spartakisten wurde mit Dum-Dum-Katronen geschossen. Über 60 Personen, darunter viele Frauen, wurden gefangen genommen. Die Beschädigungen an den technischen Einrichtungen des Bahnhofes und an den Gleisen sind sehr gering. Telegramme gingen bereits an die Stationen des Ostens hinaus, daß der Fernverkehr während der Nacht vom Sonntag zum Montag wieder aufgenommen werden kann. Heute vormittag wird auch der Bahnverkehr auf der Stadtbahn wieder aufgenommen werden. Die Beschädigungen am Schlesienschen Bahnhof ist geplündert. Zwei dort befindliche Geldschränke sind erbrochen worden. Die Fenster des Schlesienschen Bahnhofes sind fast sämtlich zertrümmert.

Die „Frankf. Nachr.“ melden aus Berlin: Wie nunmehr feststeht, ist ein großer Teil der Spartakisten mit ungefähr 40 Maschinengewehren und einem kleinen Feldgeschütz sowie Munition nach auswärts gegangen. Aussagen von zwei gefangenen Spartakisten vor dem Stabkommandanten bestätigen dies. Es ist ernstlich damit zu rechnen, daß Spartakisten nunmehr versuchen wird, außerhalb Berlins sein Schredensregiment fortzusetzen. Aus der Brauerei Böhm, dem Hauptquartier der Spartakisten, sind vor der Einnahme durch die Regierungstruppen nicht weniger als 25 Last- und 5 Panzerautomobile fortgefahren. Die Soldatenräte der Großberliner Garnison haben in ihrer überwiegenden Mehrheit Beschlüsse gefaßt, in denen die Regierung aufgefordert wird, zur Herstellung der Ruhe und Ordnung in Berlin die im Vorwärtsgebäude und in den Zeitungsbetrieben gefangenen bewaffneten Spartakisten gerichtlich und ihre Führer handrechtlich abzuurteilen. Diese Beschlüsse sind veranlaßt worden durch neue Versuche der Unabhängigen bei der Reichsregierung, die auf Amnestie der Spartakisten abzielten.

Bis Sonntagabend waren etwa 336 bewaffnete Spartakisten in Berliner Kasernen eingekerkert worden. Da man Rutsche und Befreiungsversuche der Verhafteten befürchtete, wurden die Kasernen mit Maschinengewehren bewaffnet. — Nach einer Meldung der „Koten Fahne“ waren mehr als 8000 Proletarier mit Waffen versehen worden. Es ist daher mit einer weiteren Beunruhigung zu rechnen, wenn es nicht gelingt, in den nächsten Tagen weitere große Banden von Spartakisten zu entwerfen. Am Bahnhof Tiergarten und am Bahnhof Zoologischer Garten sollte am Samstagabend überraschenderweise neues Feuer der Spartakisten ein, das etwa eine Stunde anhielt.

Am Montag stellte sich mit Einbruch der Dunkelheit im Zeitungsquartier wieder ein unruhigerer Zustand ein, und in den späteren Abendstunden, insbesondere zwischen 10 und 11 Uhr, war das Schießen ziemlich heftig. In den Bodenräumen einiger Häuser sind, wie man hört, immer noch Reste der Spartakisten verborgen, die in der Nacht auf die Dächer steigen und von dort die Schupwachen der Zeitungsgebäude beschießen.

Über die Kampfmethoden der Spartakisten heißt es in einem Bericht des W. u. a.: Die Kampfmethoden der Spartakisten gleicht durchaus der russischen. Sie ist außerordentlich blutig und feige zugleich. Ihre Taktik besteht darin, Frauen und Kinder vor die Maschinengewehre zu treiben, wenn es dem Gegner gelingt, ihnen auf den Leib zu rücken. Und sie haben tatsächlich von dieser erbärmlichen Methode Gebrauch gemacht und benutzen beim Anmarsch der Regierungstruppen Frauen und Kinder als Deckung. In den Stabteilen, aus denen die Spartakisten bis jetzt noch nicht vertrieben sind, haben sie ein Schredensregiment auf der Straße errichtet. Sie halten die Passanten an und nehmen ihnen Geld und Wertgegenstände ab. Zwischen der Wilhelm- und Besselstraße wurden Matrosen von Spartakisten festgehalten, weil sie, obwohl sie dazu berechtigt waren, Kangascheiben trugen. Die Matrosen sind kurzerhand erschossen worden. In der Andreassstraße vom Andreasplatz bis zur Großen Frankfurterstraße und dem Grünen Weg zwischen Blumenstraße und Markussstraße haben die Spartakisten Abferrungen vorgenommen, um die Löden zu plündern. Alles, was sich am Fenster zeigt, wird sofort unter Gewehrfeuer genommen. Wahrscheinlich erstreben die Spartakisten einen Angriff auf die in der Andreassstraße liegende Markthalle, um sich mit Lebensmitteln zu versorgen. Aus dem gleichen Grunde haben sie auch versucht, den Zentralviehhof zu nehmen, sich dabei aber blutige Köpfe geholt. Es soll 52 Tote gegeben haben. In der Abwehr beteiligten sich die auf dem Viehhof beschäftigten Fleischer.

Nach dem 8 Uhr Abendblatt drangen Spartakisten am 11. vormittags in das Postamt in der Fruchtstraße in der Nähe des Schlesienschen Bahnhofes und beschlagnahmten die Postkasse mit 120 000 Mark. Die drei Männer, die die Kasse an sich nahmen, sind verschwunden.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht heute das Manuskript der Verfügung des revolutionären Ausschusses vom 16. Januar in der die Regierung Ebert-Scheidemann für abgesetzt erklärt wird, daß der revolutionäre Ausschuss die Geschäfte der Regierung vorläufig übernommen hat. Unterzeichnet ist die Verordnung von Ledebour, Liebknecht und Schöler.

Die Massenemonstrationen der Wehrheitssozialdemokratie und der Deutschen demokratischen Partei gestalteten sich, wie unterm 13. gemeldet wird, zu eindrucksvollen Kundgebungen gegen die Gewaltherrschaft der Spartakisten und für die Regierung Ebert-Scheidemann. Ein Zug der Deutschen demokratischen Partei zog vor die Reichskanzlei, um der Regierung und den Truppen den Dank für die Befreiung von der Spartakistherrschaft auszusprechen. Für die Regierung dankte Kasse, der u. a. sagte:

„Ich gebe Ihnen die feste Versicherung, daß schon in den nächsten Tagen in Berlin Ruhe und Ordnung herrschen werden. Ich werde dann den größten Teil der Truppen aus Berlin entfernen. Allerdings werde ich hier in Berlin diejenigen Truppenmengen zurückhalten, die zur Sicherstellung der Wahlen zur Nationalversammlung notwendig sind. Seien Sie auch versichert, daß die Reichsregierung keinen Augenblick vergessen hat, was sie den deutschen Brüdern und dem deutschen Land im Osten schuldig ist. Sie hat alles getan, um dieses Land fortan dauernd und sicher vor polnischer Willkür zu schützen. Das deutsche Land und die deutschen Brüder im Osten dürfen die feste Zuversicht haben, daß im Osten deutsch bleiben wird, was deutsch ist. Mit einem Hoch auf die Regierung und auf die Fronttruppen ging die Versammlung auseinander.“

### Der interalliierte Pariser Kriegsrat.

\* Gavas meldet: Die Sitzung des interalliierten Kriegsrates von Sonntag, nachmittags im Quai d'Orsay war von langer Dauer und sehr großer Wichtigkeit. Sie begann um 13 Uhr und war um

17 Uhr beendet. Nach Aufstellung der Tagesordnung wurden die französischen Mitglieder aufgefordert, ihre Ansichten über die technischen Fragen zu äußern. Legues und Clemenceau zogen sich zurück. Ihre Berichte wurden auf den folgenden Tag verlegt. Sodann behandelte der interalliierte oberste Kriegsrat die Verlängerung des Waffenstillstandes. Die Besprechung darüber dauerte bis 16 Uhr. Kardinal Richer erläuterte verschiedene Einzelheiten betreffend Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen. Dann wurde beraten, unter welchen Bedingungen der Verlängerung des Waffenstillstandes zugestimmt werden soll. Im Laufe der Sitzung wurde beschlossen, daß die Bekanntgabe der neuen Bedingungen am Montag erfolgen soll. Dann wurde die Frage, welche Zahl Delegierte jede Nation auf die Friedenskonferenz entsenden soll, erörtert. Der Vorschlag der französischen Gruppe ging auf Ernennung von 5, 4, 3, 2 und 1 Delegierten für den Staat, je nach der Bedeutung der Rolle, die der betreffende Staat im Laufe des Krieges gespielt hat. Dieser Vorschlag wurde in der Diskussion umstritten, ohne daß man zu einer Einigung darüber kam. Man nimmt an, daß der oberste Kriegsrat am Montag die Beratungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes zum Abschluß bringen wird und sich vielleicht auch bis dahin über das Programm der Friedenskonferenz schlüssig werden wird. Wahrscheinlich wird dann am Dienstag eine vorbereitende Besprechung zwischen den Vertretern der fünf Großmächte Amerika, Frankreich, England, Italien und Japan über diese Konferenz stattfinden können. Orlando mußte am Sonntagabend nach Italien zurückreisen, da der Rücktritt des Schatzministers Nitti die Neubestimmung des Amtes erfordert. Die Debatte wurde in englischer Sprache geführt, eine Sprache, die Clemenceau, Richer und Orlando verstehen und sprechen.

### Die neuen Waffenstillstandsverhandlungen.

\* Amtlich wird mitgeteilt: In der Sitzung vom 10. Januar der Waffenstillstandskommission überreichte General Winterfeldt dem französischen General Rubant eine Note, wodurch die Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes am 15. Januar, vormittags, in Trier stattfinden können, vorausgesetzt, daß die deutschen Bevollmächtigten und ihr amtliches Personal während des Aufenthaltes in Trier völlige persönliche Freiheit, ferner Telegraphen-, Telefon- und Chiffrierfreiheit genießen. Deutsche Waffenstillstandskommission.

### Die Entente verkauft deutsche Kohlen an die Schweiz.

Der „Kreuzzeitung“ zufolge hat die Entente mit der Schweiz einen neuen Kohlenlieferungsvertrag abgeschlossen, dem zufolge der Schweiz 60 000 Zentner Saarkohlen und 15 000 Zentner linksrheinische Braunkohlen zugesagt werden. Die Bezahlung der Kohlen soll direkt nach Paris erfolgen. Dieser Vertrag ist ein offenes sich Dimwegsehen der Entente über die Rechte des deutschen Reiches, das entschieden Widerspruch herausfordert.

### Die Aufhebung der Hungerblockade?

Aus Haag berichtet die „Badische Presse“: Der bekannte politische Korrespondent Dr. Dillon telegraphiert: „Wir erfahren aus zuverlässiger Quelle, daß die Aufhebung der Blockade gegen die Zentralmächte als erster Punkt auf der Tagesordnung der Friedenskonferenz stehe. Die amerikanischen Delegierten hätten die Meinung bekundet, daß die Abschließung der Zufuhr mit Lebensmitteln und Rohstoffen nach den Ländern der Zentralmächte sehr ernste Folgen haben könne.“

### Die Sozialisierung der Ruhrbergwerke.

\* Aus Essen wird lt. B. B. gemeldet: Der Arbeiterrat, in dem die Mehrheitssozialisten und Kommunisten zusammenarbeiten, beschloß einstimmig die Besetzung des Kohlenbestandes und des bergbaulichen Bereichs. Er betrachtet diese Maßnahme als Vorarbeit für die Sozialisierung der Bergwerke. Er hält die sofortige Kontrolle der Bergwerksindustrie für notwendig zur Verhütung der Gewerkschaften, da Ausfahrten auf Anrufen beständen, wenn die Organisationen der Gewerkschaften nicht Auskunft geben könnten über die wirkliche Lage der Industrie.

### Die Wahlberechtigung der Deutsch-Österreicher bei der Nationalparlamentswahl.

\* Die Angehörigen der deutsch-österreichischen Republik, die am 19. Januar das 20. Lebensjahr vollendet und nicht infolge des § 4 des Reichswahlgesetzes vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, haben, wie aus Berlin gemeldet wird, das Recht, an den Wahlen zur deutschen Nationalparlamentswahl in der Gemeinde teilzunehmen, in der sie innerhalb des Deutschen Reiches ihren Wohnsitz haben. Das Wahlrecht kann auf Grund einer Bescheinigung ausgedrückt werden, die von einer in Deutschland befindlichen deutschen, österreichischen oder ungarischen Gesandtschaft oder einer Konsulatsbehörde ausgestellt ist.

### Zusammenzüge in Halle.

\* In Halle führte die den letzten Tagen gesteigerte Mitbestimmung von Garnison und Bürgerchaft über die Verwaltungstätigkeit des Soldatenrats am Samstag zu einem am Samstag abgelaufenen Ultimatum des Artillerie-Regts. Nr. 75 an den Soldatenrat, der sich mit der Frage von Remobahlen einverstanden erklärt hat. Die Hauptforderung des Regiments war die Übernahme sämtlicher Verwaltungsgeschäfte des Soldatenrats und die Auflösung des Sicherheitsregiments einschließlich der Matrosenkompanie. Während die Verhandlungen am Sonntag nachmittags in der Artilleriekaserne andauerten, kam es lt. B. B. auf dem Niederplatz neben dem Hauptquartier des Soldatenrates zu stundenlangen Zusammenzügen. Dem Fahnenträger eines Demonstrationszuges wurde das schwarz-rot-goldene Band heruntergerissen, worauf sofort eine Schießerei einsetzte, der aus der Magdeburgerstraße von Zeit zu Zeit Maschinengewehrfeuer folgte. Mehrere Personen brachen verwundet zusammen. Eine soll gestorben sein. Abends sah man Artilleristen mit Matrosen einträchtig durch die Straßen ziehen. Aber den Ausgang der Verhandlungen ist noch nichts Zuverlässiges bekannt geworden.

### Unsere Truppen im Osten.

\* Aus dem Oberostgebiet und der Ukraine sind weiterhin in die Heimat beordert: Magazinschule der 8. Armee, Kompanieinführerkursus Libau, Teile des Landwehr-Inf.-Regts. 884, 8. Landsturm-Infanterie-Bataillone, 1. Armeekorps, Richtmehtruppe 102, Kavallerie-Pionier-Abteilung Nr. 4, schwere Festungsschwererzergänge 1 und 72, Scheinwerferzüge 849 und 850 und Handwischschinwerfertrupp 225, Fliegerabteilung 16, ferner Nachrichtenruppenkolonnen und Stabpenntruppen — Bei Hindenburg, östlich von Bigo, wurde baltische Landwehr von Bolschewisten geschlagen. — Aus der Ukraine sind am 31. 12. zehn Jüge abgerollt.

### Die Verschleppung Madensens.

Das Wiener Korrespondenz-Büro meldet aus Agram: Generalfeldmarschall v. Radenski ist nicht nach Saloniki, sondern nach Belgrad gebracht worden, wo er interniert gehalten wird. Anlaß zur Internierung war, daß seine Armee sich der Enttarnung und Internierung entziehen hatte und nach Deutschland geflüchtet war. Nur einige Tausend Mann wurden festgehalten. Generalfeldmarschall v. Radenski hat sich deswegen vor den Ententemächten zu verantworten.

### Einverleibung Siebenbürgens in Rumänien.

Der rumänische Staatsrat veröffentlicht laut Agence Havas ein Dekret, wodurch das siebenbürgische Gebiet endgültig in Rumänien einverleibt wird.

### Das neue englische Kabinett.

„Daily Mail“ teilt mit, daß die Liste des neuen Kabinetts folgende Namen enthalte: Schatzkanzler Chamberlain, Minister des Innern Sharp, Auswärtiges Balfour, Kolonien Walter Blunt, Marineminister Lord Milner, Handelsminister Albert Stanke, Lokalverwaltung Addison, Ackerbau Brotherton, Erziehung Fisher, Bankwesen Lord Weir-Adorney, Verkehr Andrew Weir, Generaldirektor der Posten Wingworth, Schiffsverkehrsminister Sir Maclean, Arbeitsminister Robert, Minister für Personalien Barnes, Minister für den nationalen Wiederaufbau Sir Eric Geddes.

### Streik im Newyorker Hafen

Die streikenden Newyorker Hafenangestellten geben lt. Newyorker Zeitung bekannt, daß das Streikkomitee am Sonntag über die Forderungen der Arbeitgeber beraten werde. Inzwischen dauere der Zustand der allgemeinen Verwirrung im Hafen fort. Die regelmäßigen Benützer der Fähren hätten Mühe, ihre Wohnungen zu erreichen. Die Fähren werden von Polizisten geführt. In der City herrsche die Ansicht, daß, wenn der Streik noch 48 Stunden fortbauert, die Manhattan-Insel wegen der herrschenden Kohlen- und Nahrungsmittelnot in Schwierigkeiten geraten werde. Es heißt, daß die Werftarbeiter in einem Sympathiestreik treten werden.

Ein weiterer Bericht besagt: Man erwartet, daß Präsident Wilson im Hafenarbeiterstreik vermitteln wird. Die Regierung hat einen eingehenden Bericht über die Lage Wilson telegraphisch zukommen lassen und wartet seine Antwort ab. Die Streikenden haben den Vorschlag der Eisenbahnverwaltung, einen Waffenstillstand zu schließen und Verhandlungen anzubahnen, verworfen. Sie verlangen bedingungslos das Nachgeben der Hafenfahrzeugbesitzer. Inzwischen werden die Lebensmittel der Eisenbahnverwaltung auf anderen Wegen herangeführt, um den Mangel auf ein Minimum zu beschränken, falls die jetzige Lage andauert.

### Weitere Nachrichten.

London, 12. Jan. Die Zeitungen melden aus Newyork: Der Streik ist beendet. Der Schiedspruch des Hafenamts steht noch aus. Aus Buenos Aires wird berichtet, daß der Streik dort ebenfalls beendet ist.

### Baden.

Zahlreiche Einzelfälle über Unregelmäßigkeiten an der Grenze des besetzten Gebietes werden von den Bürgermeistern, Vereinen usw. bei der Deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa vorgebracht. Die Erledigung dieser Fälle wird von dem Vertreter der Alliierten, General Rudant, meist abgelehnt, die Erledigung der Fälle vielmehr auf den unmittelbaren Weg über den Abschnittskommandeur der neutralen Zone verwiesen. Die Deutsche Waffenstillstandskommission hat daher gebeten, Beschwerden, die die neutrale Zone betreffen, stets an den Abschnittskommandeur zu leiten. Angelegenheiten, die örtlich keine Erledigung finden oder die von allgemeiner Bedeutung sind, sind nach einer Anordnung des Ministeriums des Innern diesem vorzulegen. Die Weiterleitung an die Deutsche Waffenstillstandskommission in Spaa übernimmt das genannte Ministerium. Wenn in Ausnahmefällen ein unmittelbarer Verkehr mit der Waffenstillstandskommission stattfinden muß, ist dem Ministerium des Innern Nachricht zu geben.

Das Kriegswirtschaftsamt und die Kriegswirtschaftsstellen sind aufgehoben. Ihre bisherigen Aufgaben sind wieder von den Bezirksämtern als Landwirtschaftspflege übernommen worden.

Zugezogene Elftäter können nach einer Anordnung des Staatssekretärs des Innern in die Wählerliste der Zugangsgemeinde eingetragen werden.

### Arbeitsbeschaffung für kaufmännische und technische Angestellte.

Die Zahl der arbeitslosen Angestellten ist zusehends im Wachsen begriffen. Fast ausnahmslos handelt es sich dabei um Kriegsteilnehmer. Es ist naturgemäß schwer, unter den derzeitigen ungünstigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen für diese große Zahl Erwerbsloser ausreichende Arbeitsgelegenheit zu finden. Trotzdem darf kein Mittel unversucht bleiben, von dem Abhilfe in nennenswertem Umfang erwartet werden kann; denn es bedeutet auf die Dauer nicht nur eine unerträgliche Belastung der allgemeinen Erwerbslosenfürsorge, sondern es macht die Beteiligten nutzlos und nimmt ihnen nach und nach den moralischen Halt, wenn sie fortgesetzt auf den Weg der Unterstützung angewiesen bleiben. Eine Verpflichtung der Unternehmer, Kriegsteilnehmer und besonders Kriegsschädigte, die früher bei ihnen beschäftigt waren, wieder einzustellen, ist von Reichs wegen bisher nicht ausgesprochen worden; ob dies noch geschehen wird, steht dahin. Die Not des Augenblicks verbietet, länger zuzuwarten. Das Ministerium für soziale Fürsorge hat daher zunächst die Handelskammer ersucht, Vereinbarungen zwischen den Arbeitgebern und den Vertretungen der Angestelltenverbände herbeizuführen, wonach die aus dem Felde heimgeführten Angestellten in die Betriebe, in denen sie früher tätig waren, wieder einzustellen sind, und zwar zu den gegenwärtigen verteuerten Lebensverhältnissen entsprechenden Bedingungen. Diese Vereinbarungen müssen auch die Frage der Entlassung der während des Krieges eingestellten Ersatzkräfte regeln. Soweit irgend anging, müssen die Angestellten beiderlei Geschlechts, die zur Dienstleistung auf die Kriegsdauer herangezogen wurden, den heimkehrenden Kriegern Platz machen. In erster Linie gilt dies von selbständigen Gewerbetreibenden und Kaufleuten, sodann von solchen Personen, die vor ihrer derzeitigen Verwendung keine ausschließliche Bureauarbeit ausübten, darunter namentlich solche, die im Haushalt, in Ladengeschäften und in der Landwirtschaft früher beschäftigt waren, ferner von Ehefrauen, deren Männer, und von Jugendlichen, deren Väter für den Lebensunterhalt der Familie ausreichenden Verdienst haben, dann von älteren weiblichen Kräften, die wieder in die Familie zurücktreten können, endlich von Landbewohnern und während des Krieges zugezogenen Ortsfremden, die wieder in ihrer alten Heimat unterkommen können. Die Bezirksämter sind beauftragt worden, unerbittlich nachzuprüfen, welche männlichen und weiblichen erscheinbaren Angestellten der Kommunen und Verbände hiernach zu entlassen sind und diese Entlassung auf den nächsten vertragsmäßig zulässigen Zeitpunkt herbeizuführen. Den ausstretenden Hilfskräften wird erforderlichenfalls durch Weiterzahlung des Gehalts oder eines Teilbetrags für eine bestimmte Zeit der Übergang in ihre früheren Verhältnisse zu erleichtern sein. Die Ersatzkräfte sind beim nächsten Arbeitsnachweis (Arbeitsamt, Bezirksarbeitsnachweis) anzufordern; die Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Verbände in Karlsruhe, Sofienstraße 33, Fernruf 5661, ist ebenfalls bereit, auf Verlangen geeignete Kräfte nachzuweisen. Ferner wird geprüft werden, ob nicht den weiterhin zu beschäftigenden Angestellten der Kommunalverbände, die doch zum großen Teil während der Kriegsjahre dienstlich andauernd stark in Anspruch genommen waren, nimmehr in wechselseitiger Folge Er-

holungsurlaub gewährt und dadurch Tätigkeits-Erwerbslose als Hilfskräfte einzustellen, geschaffen werden kann.

### Aus dem badischen Parteilieben.

Die Zentrumsfraktion der badischen Nationalversammlung trat am Donnerstag nachmittag zum ersten Male zu einer Sitzung zusammen. Sie wählte einstimmig zu ihrem Führer und ersten Vorsitzenden Geistl. Rat Dr. Schöfer, zum zweiten Vorsitzenden Landgerichtsrat Wittemann und zum dritten Vorsitzenden Gutsherr Duffner. Als Schriftführer wurde wiederum der Abgeordnete Hauptlehrer Wichmann, als Kassier Oberstaatskontrolleur Seibert bestimmt. Dem Fraktionsvorstand gehören, laut „Bad. Beobachter“, weiter an: Frau Maria Siebert sowie die Vorsitzenden der neugebildeten Fraktionsausschüsse, nämlich die Abg. Dr. Schuster, Dr. Wirth, Köhler, Weighaupt und Gölzler.

oc. Konstanz, 12. Jan. Am Freitag vorm. kam es hier zu weiteren Kundgebungen. Etwa 20 Soldaten zogen in geschlossenem Zuge nach dem Geschäftslokal des Volkshauses, wo Ansprachen gehalten wurden, in denen man die Soldaten aufsuchte, Ruhe und Ordnung zu bewahren und die nächtlichen Demonstrationen künftighin zu unterlassen. Dann ging der Zug zum Rathaus, wo von einer Abordnung von etwa 20 Soldaten der Antrag gestellt wurde, die Bürgerwehr sei aufzulösen und deren Waffen seien abzuliefern. Eine Soldatenwehr aus zuverlässigen Leuten solle an Stelle der Bürgerwehr gebildet werden. Die Soldaten zogen dann nach dem Bezirksamt (da die Einrichtung der Bürgerwehr nach einer Verordnung der dortigen Regierung erfolgte), um auch dort die Auflösung zu beantragen. Nach längeren Verhandlungen wurde der Auflösung der Bürgerwehr stattgegeben und die Ablieferung der Waffen zugesagt. Am Nachmittag zogen die Soldaten vor die Geschäftsstellen der beiden hiesigen Zeitungen, der „Konstanzer Nachrichten“ und der „Konstanzer Zeitung“ und forderten deren Schriftleiter auf, künftighin eine Polemik gegen die A- und S-Kräfte und die Soldaten zu unterlassen, was ihnen auch zugesagt wurde. Die Freiheit der politischen Meinungsäußerung wurde den Zeitungen zugesichert. Danach zogen die Soldaten ab. Die hier lagernden Handgranatenvorräte sind von Soldaten gesprengt worden.

### Aus der Landeshauptstadt.

Aus der Stadtratssitzung vom 9. Januar 1919.

Waldausstattung. Zweck der Gewinnung einer größeren, mit dem Gutshof Ruppurr zusammenhängenden Ackerfläche beantragt das städtische Landwirtschaftsamt ein Stück des anstößenden Waldes auszuforsten. Ferner soll auf dessen Antrag ein zum Gut Istein gehöriges Stück Waldgelände in Wiefen und Ackerland umgewandelt werden. Der Stadtrat stimmt dem zu und ersucht die beteiligten Ämter um mögliche Beschleunigung der Vorarbeiten, um damit Arbeitsgelegenheit für Arbeitslose zu schaffen.

Abhaltung der Messen. Der Stadtrat beschließt die Abhaltung der bisherigen Frühjahrsmesse (1. bis mit 9. Juni) unter der Voraussetzung, daß die allgemeinen Verhältnisse dem bis dahin nicht im Wege stehen.

Von der Technischen Hochschule. Am Samstag mittag fand im großen Saale des Aulagebäudes der Fredericiana die feierliche Begrüßung der heimgekehrten Studenten statt. Prorektor Dr. Gausrath hielt an Stelle des erkrankten Rektors die Begrüßungsvorträge auf herzlichste willkommen, dankte ihnen für ihre Taten und ehrte auch das Andenken der Toten. Wie der Redner bemerkte, sind 154 Studierende der Karlsruher Hochschule auf dem Felde der Ehre geblieben. Von Lehrkörper, von dem mehr als 50 Dozenten und Assistenten im Militärdienst standen, sind Professor Ostendorf und 7 Assistenten gefallen.

Weiterer Abend von Hans Blum. Einen gut besuchten Vortragsabend veranstaltete der frühere Direktor des Ritterbrosen Intimen Theaters, Hans Blum, am Sonntag im großen Saale der „Eintracht“. Er erwies sich dabei als trefflicher Rezitator von großer Gewandtheit und liebenswürdigem Humor. Man folgte seinem lebendigen, durch wirkungsvolle Mimik geschickt unterstützten Vortrag mit Behagen und Vergnügen, ob er nun klassisches oder Modernes, Gereimtes oder Prosa gab. Am besten gelangen ihm vielleicht einige der eigenartigen Dichtungen Morgensterns, die schlichte Satire „Das Houslarbleid“ und eine der unnahelhaften Lausbubenengeschichten Thomas. Daß er auch mit Bierbaum, Fresher usw., nicht zuletzt auch mit unserem Lokaldichter Romeo, stürmischen Beifall erntete, bedarf wohl kaum erst der Erwähnung.

### Badisches Landestheater

Im Konzerthaus:

Mittwoch, den 15. Januar 1919: Volksvorstellung:

### „Nathan der Weise“

Anfang 1/7 Ende 1/10

### Deutsch-nationale Volkspartei

(Christliche Volkspartei in Baden)

### Öffentliche

### Wählerversammlung

Mittwoch, den 15. Januar 1919, abends 8 Uhr, im großen Rathaus-Saale.

Redner: Fabrikant **Gabermehl** in Pforzheim, Mitglied der Badischen Nationalversammlung. 8-753

### Der Wahlausschuß

der **Deutsch-nationalen Volkspartei** (Christliche Volkspartei in Baden).

### Badischer Militärvereins-Verband.

### Aufruf!

### An unsere sämtlichen Verbands-Kameraden.

In den Tagesblättern ist ein Aufruf der badischen vorläufigen Volksregierung zur Bildung einer ehrenamtlichen „Freiwilligen Ordnungswehr“ erschienen.

Die Regierung wendet sich in diesem Aufruf an die Mitbürger mit der Bitte, beizutragen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande und zum Schutze von Freiheit, Leben und Eigentum der Bürger gegen den Schrecken der Spartakusgruppe.

Da wir es als die Aufgabe der altgedienten Soldaten betrachten, mit voller Kraft für die Ordnung im Lande einzustehen, so fordern wir Euch auf, ungesäumt in diese Ordnungswehr einzutreten und Euch in die Melde Listen einzuschreiben. In Karlsruhe liegen diese Listen auf:

auf der Polizei-Wache „**Durlacher-Tor**“ im Rathaus „**Pfortnerzimmer**“ und auf der Polizei-Wache „**Wahlburger-Tor**“.

### Das Präsidium des Badischen Militärvereins-Verbandes.

Die Bezirksbau-schäger des Bezirkes Dreifach betr. für den Amtsbezirk Dreifach sind

### 2 Bezirksbau-schäger

zu ernennen. Bewerbungen wollen unter Anschluß eines selbst geschriebenen Lebenslaufes sowie von Zeugnissen über die bis-

herige Tätigkeit und über etwa abgelegte Prüfungen bis spätestens 20. Januar 1919 bei uns eingereicht werden. 2-338

Dreifach, 5. Jan. 1919. Bad. Bezirksamt.

### Wertmeister

geleiteter Schreiner, welcher einen größeren Fabrikbetrieb mit ca. 90

Holzbearbeitungsmaschinen leiten und Affordarbeiten selbständig vergeben kann, zum Eintritt per 1. April gesucht. 8-846

Angeb. mit Zeugnisab-schr. u. Gehaltsforderungen an die Deutsche Paradenbau-Gesellschaft m. b. H., Röhrl Postfach 170.

**Ämtliche Bekanntmachungen.**

Den Verkauf von Kraftfahrzeugen betr.  
Am 15. Januar 1919 gelangen Kraftfahrzeuge, Personen- und Lastkraftwagen, Motorräder, durch das Reichsverkehrsamt - badische Verkaufsabteilung für Automobile in Mannheim - zum Verkauf.

Der Verkauf an die Interessenten findet vorläufig nur gegen eine bezirksamtliche Dringlichkeitsbescheinigung statt.

In erster Linie werden berücksichtigt: Ärzte und Tierärzte, Gemeinde- und Kommunalverbände, Elektrizitätswerke und Überlandzentralen, Gewerbliche Betriebe.

Die Abgabe der Fahrzeuge erfolgt in reparablem Zustande und zwar in der Reihenfolge, wie dieselben aus den Reparaturwerkstätten abgeliefert werden.

Die Freigabe von Betriebsstoff und Bereifung erfolgt bis auf weiteres durch die bisher zuständigen Stellen.

Karlsruhe, den 10. Januar 1919.  
Ministerium für militärische Angelegenheiten,  
Abteilung Kraftfahrwesen:  
gez. Hartmann.  
Der Minister: gez. Geiß.

Die Geflügelcholera im Stadtteil Karlsruhe-Rüppurr betr.

Die Geflügelcholera in Rüppurr ist erloschen. Die verfügbaren Maßnahmen werden aufgehoben.  
Karlsruhe, den 10. Januar 1919.  
Bezirksamt - Polizeidirektion.

**Bekanntmachung.**

Das Stück Nr. D Nr. 2 339 069 über 500 M 5%ige deutsche Reichsanleihe vom Jahre 1915 (III. Kriegsanleihe) nebst den Zinsscheinen, fällig jeweils am 1. April und 1. Oktober, erstmals 1. Oktober 1918, und dem Erneuerungsschein ist abhanden gekommen.  
Vor Ankauf wird gewarnt.  
Karlsruhe, den 6. Januar 1919.  
Bezirksamt - Polizeidirektion.

**An unsere Parteifreunde**

Die Wahlkämpfe zu den verfassungsgebenden Versammlungen in Baden und im Reich stellen an unsere Parteikasse außergewöhnliche Anforderungen.

Da der Ausgang der Wahlen auf Jahre hinaus entscheidend für die politische Entwicklung des deutschen Volkes sein wird, ist höchste Opferfreudigkeit unserer Parteifreunde dringend nötig.

Wir bitten daher alle unsere Freunde um Unterstützung und Sammlung von Wahlspenden, damit umfassende und gründliche Wahlarbeit geleistet werden kann.

Alle Beiträge für den Wahlfond sind an die Fidei-Commiss-Druckerei, Karlsruhe, Postfachkonto Nr. 1868, Postfachamt Karlsruhe, abzuführen.  
F. 753

**Deutsch-nationale Volkspartei (Christliche Volkspartei in Baden).**

Geschäftsstelle: Rowananlage 5 II Telefon 5004.

**Bauverdingung.**

Los 2 der Zinnowasserkanalanlage bei Mühlhof, und zwar: Kanalabschnitt km 0-2,5 mit Anschließung von Wehr und Staudämmen, eine Geleiserampe bei Seltendorf, eine schmalspurige Hilfsbrücke über den Kanal, eine Begrunderführungsverlängerung, zwei Graben, durchlässe, zwei Wehrbrücken über den Kanal, eine Pumpenanlage, ein Zement- und ein Bohlenmotorschuppen soll im Wege der öffentlichen Verdingung vergeben werden; die Arbeiten umfassen in der Hauptsache:  
1. Kanalabsatz, Graben- und Fundamentausbau, rd. 490 000 cbm,

- 2. Andecken von Böschungen- und Deckflächen, rd. 56 000 qm,
- 3. Gemeinde- und Feldwege, rd. 8600 qm,
- 4. Stampfbeton für Kanalbauten, rd. 1200 cbm,
- 5. Holzträger und Kleinfelsen rd. 68 t,
- 6. Weichholz für die Hilfsbrücke rd. 135 cbm,
- 7. Verlegen von normalspurigen Geleise rd. 1000 lfd. m.

Zeichnungen, Bedingungen und Leistungsverzeichnisse liegen auf unseren Geschäftsräumen in München, Ludwigsstr. 14/II, S. Eingang, werktäglich von 8-1/2 Uhr und Samstags von 8-1 Uhr zur Einsichtnahme auf. Die allgemeinen und besonderen Vertragsbedingungen mit den Leistungsverzeichnissen werden nur an Bauunternehmer gegen Ertrag von M. 20.- abgegeben. Dieser Betrag wird bei rechtzeitiger Einreichung eines vollständigen Angebotes zurückerstattet.

Zwecks Beschaffung von Arbeitsgelegenheit sind die Bauarbeiten sofort aufzunehmen; den Angeboten ist ein Verzeichnis der für die Arbeitsdurchführung vorgesehenen Baugeräte unter Angabe von Fabrikat, Leistungsfähigkeit und Standort beizufügen, mit der Erklärung, daß diese Geräte sofort greifbar sind und das erforderliche Fachpersonal zur Verfügung steht. Die Leistungsverzeichnisse sind ohne Veränderung vollständig auszufüllen, mit den Bedingungen versehen und versiegelt mit der Aufschrift „Verdingung von Los 2“ bis spätestens Mittwoch, den 29. Januar 1919, vorm. 11 Uhr, bei uns einzureichen, wofür zu diesem Zeitpunkt in Anwesenheit der erschienenen und mit Vollmachtausweisen versehenen Bewerber oder deren Stellvertreter die Eröffnung der Angebote und Verlesung der Angebotssumme stattfindet.

Die Bewerber haben sich 6 Wochen an ihr Angebot zu binden. Fertigstellungstermin der zu verdingenden Bauten: 1. Juli 1920.

Am Mittwoch, den 23. und Freitag, den 24. Januar 1919 finden örtliche Begehungen statt; Abfahrt von Mühlhof mittags 2 Uhr.

München, den 31. Januar 1919.  
Zentralbureau Junwerk. F. 845.21  
i. V. Kennernedert.

**Bürgerliche Rechtspflege a. Streitsache Gerichtsbarkeit.**

Aufgebot.

3339.21 Ettenheim, Emma Tränkle Witwe geb. Pfisterer und Anna Pfisterer Witwe geb. Schmieder, beide von Mühlhof, die seit mehr als 30 Jahren die auf den Namen des in Amerika abwesenden Landwirts Joseph Pfisterer von Mühlhof, im Grundbuch Mühlhof, Band 18 Blatt 7 eingetragenen Grundstücke Lsg. Nr. 1424, 6 a 37 am Weize und Lsg. Nr. 2174, 14 a 62 am Ackerland in Eigenbesitz haben und zwar Tränkle Witwe Lsg. Nr. 1424 und Pfisterer Witwe Lsg. Nr. 2174, haben beantragt, das Aufgebotsverfahren dahin zu erlassen, daß die bisherigen Eigentümer dieser Grundstücke mit ihren Rechten an denselben ausgeschlossen werden. Dieselben werden aufgefordert, ihre Rechte spätestens in dem auf Mittwoch, den 12. März 1919, vorm. 10 1/2 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte bestimmten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.  
Ettenheim, 7. Jan. 1919.  
Bad. Amtsgericht.

**Verlosung von Pfandbriefen und Kommunalobligationen der Rheinischen Hypothekenbank in Mannheim, am 18. Dezember 1918.**

Infolge der von dem staatlichen Treuhänder vorgenommenen Verlosung ist bestimmt, daß zur Rückzahlung gezogen sind:

Table with columns for serial numbers and amounts. Includes entries for 3 1/2% Pfandbriefen der Serien 83-89 and 66-68, and 3 1/2% Kommunal-Obligationen der Serien III und IV.

Wir sind bereit, die gezogenen Stücke in andere, jeweils in Ausgabe befindliche Pfandbriefe amzutauschen.

Die Rückzahlung erfolgt gegen Einlieferung der Pfandbriefe und Kommunalobligationen und der nicht fälligen Zinsscheine nebst Erneuerungsschein

- in Mannheim bei der Kasse unserer Bank und den begünstigten Orten bei der Rheinischen Creditbank und deren Niederlassungen, Frankfurt a. M. bei der Deutschen Vereinsbank, bei der Direktion der Disconto-Gesellschaft, Filiale der Bank für Handel u. Industrie, Dresdner Bank, Deutschen Effekten- und Wechselbank, Herrn Friedrich Glimpf, Berlin bei Herrn F. Reichröder,
- in Berlin bei der Direktion der Disconto-Gesellschaft, Deutschen Bank, Bank für Handel und Industrie, Dresdner Bank, Kaiserslautern bei der Bayerischen Staatsbank, Ludwigshafen a. Rh. und den begünstigten Orten bei der Pfälzischen Bank und deren Filialen, bei der Bayerischen Staatsbank, Stuttgart bei der Württembergischen Vereinsbank, Darmstadt bei der Bank für Handel und Industrie, München bei der Bayerischen Staatsbank,
- in München bei der Deutschen Bank, Filiale München, Bayerischen Vereinsbank, Nürnberg und Fürth bei der Dresdner Bank, Oldenburg bei der Oldenburgischen Spar- u. Leihbank, Hildesheim bei der Hildesheimer Bank, Braunschweig b. d. Braunschweiger Privatbank A.-G., Sarum und den begünstigten Orten, bei dem Sarumer Bankverein, Hinsberg, Fischer & Co. und dessen Niederlassungen, Basel bei der Basler Handelsbank, sowie bei unseren Pfandbrief-Verkaufsstellen.

Large table listing bond serial numbers and amounts for 5% Pfandbriefe (Ser. VIII B, XIV B, XVII E, etc.), 4% Pfandbriefe (Ser. XXVII E, etc.), and 3 1/2% Pfandbriefe (Ser. XVII E, etc.).

Table listing bond serial numbers and amounts for various series (Serio 36 D, 38 D, 39 E, etc.) with corresponding values.

Mannheim, 18. Dezember 1918. Die Direktion.